

**Pfund Condensirte Milch**  
Beste Kinder-Nahrung.  
Breslauer Molkerei  
Gebr. Pfand

# Dresdner Nachrichten

1893 gebr. hand-  
Tuch-  
J. Unbescheid & Söhne  
DRESDEN  
Schreibergasse 2  
schwarze Frack-,  
Rock- und Hosen-  
stoffe: Tuche, Croises,  
Sattin u. Kammatine.

**Curt Heinsius**  
Dresden-N., Tieckstr. 27  
Fenspich Amt 11, 2100.  
Möhrjahrige Garantie.  
Kostentfrei Probe.  
3 Mal prämiert. 60000 St. in Function.

**Geräuschlose Phürschliesser**  
mit doppelter Luftverdrängung  
Gewaltlos schließt.

38. Jahrgang.  
Nost. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

**Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6.**  
Grüßtes  
**Tuch- und Buckskin-Lager.**  
Billigste Preise.

**Tapeten**  
Versandt Geschäft: Marschall Str. 29.  
**F. Schade & Co.**  
Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke.

**Dr. Ziegler's Magentropfen**  
gegen Magenverstimungen, wofür Appetit an-  
nehmend, Magen erweiternd und Verdauung be-  
fördernd. Flasche 1.50 M. Prompter Versand nach auswärts.  
Königl. Hofapothek, Dresden, Georgenthor.

## Photographie von Hahn's Nachf.

Spezialitäten: **Kinder- und Gruppen-**  
**Aufnahmen, Verlobungs-Photographien**  
12 Stück 6 Mark. **Vergrößerungen**  
nach jedem Bild zu Wunsch, Ausführung.

## Jetzt: Waisenhausstr. 16.

**Freitag, 20. Januar.** gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

**Politisches.**  
Es wird noch geraume Zeit dauern, bis der deutsche Reichstag mit seiner Hauptaufgabe fertig ist. Erst muß die Militärkommission zu Stande gekommen sein mit der Prüfung der Hauptvorlage und des daran liegenden, wichtigen Beschlusses, der das Plenum weiterarbeiten kann. Inzwischen hat es Zeit und Gelegenheit, sich mit den Anträgen zu beschäftigen, die aus der Mitte des Hauses eingebracht wurden. Mit solchen Anträgen hat es meist eine eigene Bewandnis. Entweder werden sie angenommen, dann kann sich die Regierung nicht weiter um die Sache, oder sie werden nicht angenommen, dann stimmt sie sich erst recht nicht daran. Gewöhnlich allerdings bezieht sie die Beschlüsse des Reichstages erst mittelst bündelrätlicher Abstimmung. Aber bei der Handwerkerfrage da scheint das nicht einmal nötig. Bringen die Konservativen ihren Wunsch formell vor, daß in 8 Punkten Forderungen für den untergehenden Mittelstand getroffen werden möge, als da sind in den Fragen des Befähigungsnachweises, der Consumvereine und Abfaßungsgeschäfte, des Hausfachhandels, der Concurse und dergl., das Centrum sieht den Conservativen mit seiner compacten Masse zur Seite und man erwartet, daß die Regierung nun Gelegenheit nehmen werde, diese wichtige aller sozialen Fragen, die Frage, wie der Mittelstand erhalten und das bis zum Plagen fortzuleben, systematische Bestimmungen des bürgerlichen Kapitalismus befreit werden könne, endlich einmal wirklich in die Hand zu nehmen. Am Tische des Bundesraths lag jedoch Herr v. Bötticher u. A., wie der Parlamentsbericht sagt, und was das bedeutet, darüber dürfte man sich in den weitesten Kreisen des Mittelstandes ungefähr klar geworden sein. So dazwischen war die Herren Abgeordneten ihre Meinungen austauschen, aber die Regierung, speziell Herr v. Bötticher, schlug sich aus. Er hatte eben über den Fortschritt der Arbeiten Nichts mitzuteilen. Man wird sich das wohl an verschiedenen Stellen merken. So in Venedig, wo sich jetzt ein ganz eigenständiges Schauspiel darstellt. Der dortige Wahlkreis war bisher freisinnig, früher auch konservativ vertreten. Antimilitarische Organisationen gab es nicht. Jetzt hat bereits der freisinnige Kandidat die Platte in's Korn geworfen und seine Bewerbung als aussichtslos zurückgezogen. Es besteht begründete Aussicht, daß der antimilitarische Kandidat, Adh. Wundt's Vertheidiger Herwig, den Sieg davontragen wird. Wundt, Handwerker und zahlreich Arbeiter werden für ihn stimmen. Und es wird auch anderswo ebenso gehen. Die Conservativen mit ihrer Haltung in den Bundesverträgen müssen jetzt für diese Stunde und die Zukunft a la Helderei hüben. Die bürgerlichen Stiefel passen eben nicht für breite Handwerker- und Bauernfüße und deren wirtschaftliche Überzeugungen.

alle Politik Bismarck's, daß im Balkan, in Marokko und Caprien und überall dort, wo die durch beiderseitigen Wochte die Empire andeuten, ist und bleibt die einzig gesunde. Wir wollen nur unteren Löffel daraus löffeln.  
In Caprien ist der keine Sturm vorübergegangen, ohne dem Abde die Tach von seinem Posten abzugeben. Sollte sich der innere Verkehr bekommen lassen, seinen Vermittler, einen Botschafter der Engländer, ohne diese zu fragen, zu entlassen und einen eigenen Botschafter, um diesen Löffel zu beissen. Das ist ihm aber nicht gut bekommen. Die Engländer drohten mit der Rache, falls er nicht sofort zurücktrat. In Caprien ist man natürlich schwer gefasst und es soll an einzelnen Stellen zu ernstlichen Unruhen gekommen sein. Damit wäre der Zwischenfall vielleicht bis auf Weiteres erledigt, wenn England nicht etwa noch die Gelegenheit benutzte, den Capriern ihre falsche, volle Abhängigkeit von ihnen klar zu machen. Dann könnte es doch noch zu einigen unruhigen und unangenehmen Protesten und Irrthümern kommen. Unklar aber ist wieder folgender Punkt: In den Berichten aus London heißt es, daß der bürgerliche Staatsminister, Reichsminister v. Schulerberg, alsbald, nachdem die Nachrichten des Abde bekannt geworden, mit den Vertretern Kauf- und Handelskreise konferirt habe, wobei es zu sehr heftigen Auseinandersetzungen gekommen sei. Dann habe er mit dem Reichsminister v. Schulerberg konferirt und es sei hierauf in einem sofort ausgearbeiteten Ministerial-Beschlusses beschlossen worden, mit größter Energie gegen Caprien vorzugehen. Das Bekanntwerden dieser That aber soll in London große Bewegung verursacht haben. Was hat aber denn der Reichsminister v. Schulerberg dabei zu thun? Wir haben doch in Caprien Nichts verloren und wenn Italien und Spanien dort mit den Engländern in die Haare gerathen, so kann's uns doch nur recht sein. Oder führt der Weg der Mission und Propaganda nach Kairo auch durch das Brandenburger Thor?

von 20 Mill. betrug nur 200 Mill., während das schätzbar war angeblich gewesen. Die viel Günstigeren würden durch das schätzbar, hätte Bismarck bemerkt, dann man hätte nicht verhindern mangels ausreichender Unternehmungskraft, so solle man wenigstens eine entsprechende Steuer darauf legen. Die Steuer sollte auf den Abschlagstrahnen verlegt werden, wo festgestellt werden kann, ob das Reich durch die Steuer, Zahlung erreicht ist. Sehr wünschenswert wäre eine Commisshsteuer für ausländische Aufseher, welche Summen an Kapital und Gütern habe. Land nicht in europäischen Werthen beizugeben. Man sage, wenn die Güter nicht in europäischen Werthen werden, werden wir unteren Caprien. Inhablich veranlaßt man sich, wenn man, ihre Waare in uns zu werben. Was wir in europäischen Werthen in der letzten Zeit verloren haben, welche zur Deckung der Kosten der Militärverträge auf lange Jahre hinaus. Eine rationale Vorgehensweise müßte, wenn es möglich wäre, gegeben werden. Gewiß, gibt es an der Erde noch viele sehr ehrenwerthe Männer, aber die Vermögen den Charakter der Erde nicht zu ändern, die im Wege wenig Sympathie habe, was vielleicht auch der Name betrage, denn die Erde ist eigentlich dem Völkern des Wortes nach „Abgeborgenes Volk“ (Gefährte). Die Erde habe wiederholt wenig patriotisch gehandelt, so 1870, so nennend, anlässlich der Vorgänge in England, sie sollte über ihren internationalen Verpflichtungen ihre nationalen nicht verzeihen (Gefährte). — Abg. Singer (So.): Der Nationalismus gewisser gemeinerer Art, die sich seit 1870 auch nicht weit bewegen. Seine Partei stimmt gegen die Vorlage, weil sie für ein zu futuristisches Unternehmen wie die Militärverträge keinen Glauben bewilligen. Die Vorlage an der Erde verurtheilt seine Freunde auf's Schärfste, aber die Erde ist doch nur ein Spiegelbild der letzten Gesellschaftsordnung. Sachverständige der Erde sagen auch bei den Conventionen, v. Kardorff könne den Terminhandel in Epirus, v. Hellmann den in Ostende und das Stammbuch von Dr. v. Frege habe sein Vermögen im Verleide „mit den Juden auf der Weltlager Weise gewonnen. Die Arbeiter hielten selbst nach auf der Erde und forderten die Beilegung des Terminhandels nur, um die Erde für Korn und Spiritus selbst festzuhalten. Wollte man den Schäden des Terminhandels wirklich entgegenzutreten, so würde man die Record-Geschäfte, sowie die Ausgestaltung eines auf sich beschließenden Geschäftes durch Zahlung der Differenz, man führe eine Controlle der bei den Bankiers hinterlegten Depositen ein und mache sie sachliche organisatorische Änderungen namentlich bei der Berliner Erde. Man dürfe nicht getrieben, daß dieselben Leute über die Einführung von Börsenoptionen entscheiden, die als Aufsichtsstelle u. s. w. selbst dabei interessiert sind. Es herrsche eine wahrhaft übertriebene Ausbeutung bei der Erde. Aber welches Gebiet auch immer gemacht werde, der Kapitalismus werde immer wieder ein Loch haben, durch das er schlüpfen könne. Das Geld, das man mit der Vorreiter der Erde abnehme, werde nicht von dieser, sondern vom Publikum angebracht. — Abg. Dr. v. Marquardt (nat. lib.): Es handle sich hier nicht um eine Einführung der Erde, sondern um die Einführung der Mittel in der Militärverträge. Die Vorreiter-Erhöhung habe vor den letzten Steuererhöhungen den Vorrang, daß diese leistungsfähige Elemente freile. Seine Freunde würden bemüht sein, in der Commission die Erhaltung des Arbeits-Gehältes zu sichern. Er beantragt Verweisung der Vorlage an die Militärcommission. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) erklärt gegenüber Singer, die Termingeschäfte in landwirtschaftlichen Produkten gemacht zu haben. — Weiterbestimmung möglich.

### Bernschreib- und Bernschreib-Berichte vom 19. Januar.

Berlin. Der Reichstag ehrte das Andenken des verstorbenen Abg. Götter durch Erheben von den Reihen und trat dann in die erste Beratung der Börsenreformvorlage ein. — Staatssekretär v. Walther: Auch diese Vorlage habe nur eine finanzielle Bedeutung. Sie wolle die Steuererträge erhöhen und gleichzeitig die Stellung der Börsenreform. Nachdem die Commissionen des Bundesraths und Reichstages über diese Vorlage, sei es nun angeht, auch die Interessen der Börsenreform, die in den Börsenreformvorlagen gebühren, heranzuziehen. Diese Vorlage präjudicirt die Verhandlungen der Börsenreformcommission keineswegs. Die letztere habe sich mit der Beilegung von Auswärtigen der Erde zu beschäftigen, eine Aufgabe, die diese Vorlage nicht ist. Die Rücksicht auf die augenblickliche Lage des Börsengeschäfts konnte nicht in Betracht kommen, als die Vorlage erst in dreierlei Jahr in Kraft treten soll. Die Thatsache, daß das Börsengeschäft durch die Vorlage ebenfalls getrieben werde als das unwillig, läßt sich leider nicht ändern, solange man nicht nicht zurücktreten kann. Das die Erde die Steuererhöhung nicht tragen könne, beharrte er, ebenso die Bemängelung der Berechnung des Ertrages der Steuer. Die gegenwärtige Darstellung wird vorübergehen. Auch in Romisch sei man dabei, die Erde zu den allgemeinen Lagen entsprechend herauszuheben. Einige Veränderungen im Börsengeschäft werde die Vorlage allerdings herbeiführen, aber der Verkehr werde darunter nicht leiden. — Abg. Dr. Siemens (nat. lib.): Seine Freunde erklärten sich gegen die Vorreiter, weil sie es nicht für vortheilhaft hielten, mehr Verkehrsbedingungen einzuführen; das Arbitrage-Geschäft würde auch die Verdopplung der Steuer vernichtet, was große wirtschaftliche Nachteile zur Folge haben werde. Man mache eine verhältnismäßig kleine Zahl nicht-kommerzieller Leute in Berlin zu Kleinrentnern der Kreditkassensysteme des Landes. Aber auch politische Rücksicht erwächen dürfte. Die Börsenreform Theorie, daß man mit einer Nation politisch Freund, wirtschaftlich Feind sein könne, sei nicht zu widerlegen. Wir können in anderen Interessen nur wünschen, daß die Erhebung der juristischen Börsenreform in Stande komme. Wenn man die zahlreichen Interessen, die im Börsengeschäft thätig sind, zu Gunsten weniger Vorreiter vorbringe, so möchte man einen Knack. Die Parteien, die dieses Geschäft betreiben, würden sich selbst den größten Schaden thun. — Abg. Dr. Weydant (nat. lib.): Die konservativen Partei habe dieses Material in ihre Gesetzgebung aufgenommen, um die Verbesserung einzelner Geschäfts zu beschließen, welche dem Grundbesitz Recht und Recht nehme. Die Vorlage stehe auf dem Boden des bisherigen Börsenreformgesetzes und seine Freunde nehmen die Berücksichtigung der Steuererträge an, indem sie davon ausgehen, daß darunter die soziale Lage des Börsengeschäfts nicht leiden werde. Das gilt besonders vom Arbitrage-Geschäft. In den Forderungen gegen die Vorlage thue man, als ließe der Reichstag in der Welt, wenn man die Erde eine Steuer von 8 Millionen umwolle. Die Behauptung, daß diese die bisherige prozentuale Börsenreform dem Börsengeschäft großen Abbruch gethan, sei hinlänglich, wenn man die Ergebnisse des Börsengeschäfts in den Jahren 1885 bis 1892 in Betracht ziehe. (Sehr wahr). Die Arbitrage sei übrigens keineswegs immer so legitim, als sie hingestellt werde. Die dazwischen Vorreiterungen der Forderungen gegen die Vorlage seien im Börsengeschäft übersehen, die Feindseitigkeit gegen die Einführung einer Börsenreform überhaupt erhoben würde. Nichtig sei, daß die Forderungen in den Provinzen zu Gunsten der Berliner geschädigt werden seien, das habe aber seinen Grund darin, daß die großen Berliner Häuser zählten in den Provinzen existierten und daß, außerdem gewisse Berliner Häuser durch unrichtige Annahmen die Rücksicht der Provinzen leiteten. Seine Freunde würden an der Börsenreform festhalten und auf immer weitere Verwirklichung der Erde hinwirken, soweit dies ohne Schädigung des legitimen Geschäftes möglich sei. Gegenüber der Hebelwirkung des Immobilien-Geschäftes müßte das mobile Kapital mehr herangezogen werden. Die vordringliche Steuererhöhung auf Grund des neuen Gesetzes habe erachtet, in welchem gewaltigen Range das mobile Kapital bisher sich der Beherrschung zu entziehen gewohnt hat, die Banken würden von der Beherrschung fast gar nicht betroffen werden, da der Aufschlag der Steuer zahlen müßte, in große Familien hätten es verstanden, nach Nutzen von der Steuererhöhung zu ziehen. Im großen Endstadium habe er noch keine Frage über die Börsenreform gefunden, wohl aber darüber, daß die Kunden vielfach geschädigt würden. Frankfurt ziehe schon jetzt erheblich mehr aus der Börsenreform wie Deutschland, und zwar das einfache. Seine Freunde würden gern bereit sein, die letzten Börsenreform, die Differenz-Aufnahmen erledigt werden, erheblich schärfer zu treffen. Am 19. Januar sei festgestellt worden, daß ein Bankrott mit 1800 Mill. Gehalt in wenig Jahren einen Haub von 20 Mill. in Differenzgeschäften hatte. Die befristete Anna Leon hatte davon einen Gewinn von 200,000 Mill. Die Steuer von dem Geschäft

Berlin. Die Stadtverordneten nahmen den Antrag des Rothhandelsausschusses, alle bisher von den Versammlungen genehmigten Arbeiten energisch in Angriff zu nehmen, ferner zu erwägen, ob nicht wieder einer durchbrechenden Strafverurteilung des Arbeitspersonal verwehrt werden könne, mit großer Mehrheit an.  
Halle. Geheimer Rath Professor Dr. Koch ist zur Untersuchung der Cholera-Epidemie hier einetroffen.  
Amsterdam. Nachdem an den letzten Tagen größere Truppen beschuldigungsloser Arbeiter und Sozialisten sich in den Straßen angeammelt, zog heute ein gegen 800 Mann stählender Trupp vor die Erde, um dieselbe einzudringen, was eine Kolossal-Polizei verhinderte. Die Sozialisten entzifferten eine rotte Fahne, die Polizei ging mit blanker Waffe vor und benutzte die Fahne, wobei ein Polizist am Kopfe schwer verwundet ward. Der Träger der Fahne entkam. In anderen Stadttheilen erfolgten ebenfalls thätliche Zusammenstöße zwischen Polizei und Sozialisten, welche Letztere sich zusammenzettelten und in beschützenden Häusern Trost verlangten.

Berlin. Kaiser von König von Dänemark dürfte auch der Herzog von Cambridge wegen Nennung der Schatzkammer verurteilt sein. Die Erde zu Verarmungsgesellschaft nach Berlin anzufragen. — Der König von Sachsen, der in den Sonntagmorgen des bismarck'schen Schlosses Wohnung nimmt, tritt Montag oder Dienstag hier ein. Der russische Thronfolger, der am 23. ds. M. hier eintrifft, wird in der russischen Gesandtschaft Wohnung nehmen. — In der Bundescommission des Reichstages wurde der Wunsch ausgesprochen, die Dienstwohnungen in Postgebäuden etwas weniger umfangreicher und kostbarer anzulegen. — Staatssekretär v. Schulerberg stellt einen Antrag in Abrede, meint vielmehr, die hohen Kosten der Postgebäude werden auf die Wahl eifriger Postbeamten zurückgeführt. In der Specialberatung werden u. A. für das Postgebäude in Potsdam 22,000 Mill. nur 108,000 Mill. als erste Hälfte zum Aufbau des Grundstückes bewilligt. u. A. wird die Anbahnung für Dresden 12,000 Mill. und Hamburg bewilligt. — In der Commission des Reichstages über die 10. Seite gab der Reichsanwalt die Erklärung ab, nicht Vorbehalten sollen wieder hergestellt, wohl aber die Vollstreckung der Forderungen auf gewisse Stadtschulden herbeigeführt werden, um die politische Kontrolle zu erleichtern, sowie im Interesse der Gesundheit, der Ehrlichkeit und des Wohlwollens des Publikum. — Am Abendessen gaben bei einem Artlage Graf Komit. um Zustimmung des Landes von Sekundat-Allen, die Wähler-Kommission und Thieren die Erklärung ab, es werde schiedsweises das bismarck'sche System aufgehoben, indem man nach Lage der Anzeigen in technischer und sozialer Weise verfahren werden. Beim landwirthschaftlichen Etat wurde wiederum von der Rechte auf die Gefahr eines deutsch-russischen Handelsvertrages, sowie auf die Rückseite der bisher abgeschlossenen Handelsverträge hingewiesen. Der Landwirthschaftsminister v. Heiden bestreitet, daß der Grund für die schlechte Lage der Landwirthschaft der deutsch-russische Handelsvertrag sei, vielmehr blühe die amerikanische Konkurrenz auf die Erde. Eine Ziel-Ventilation, wie sie im letzteren abgeschlossen sei, sei mit Rücksicht unmöglich, eine Durch-Veränderung von Seiten daher nicht beabsichtigt. — Der Staatsanzeiger vertheilt einen Ministerial-Erlass, durch den eine Erweiterung der Zeit werden über die Ausführungen der Sonntagsernte im Bundesgesetz angeordnet wird, deren